

**„Diese Wahl ist anders!“**

This time it's different! Dieses Mal wird es anders! So lautet der Slogan der kommenden Europawahlen, der alles, aber nur kein leeres Versprechen ist! Seit seiner ersten Direktwahl 1979 ist das Europäische Parlament immer mehr zu einer starken Vertretung der Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten geworden. Bei den europaweiten Wahlen vom 22. bis 25. Mai haben die Stimmen der 390 Millionen wahlberechtigten Europäer jedoch so viel Bedeutung und Tragweite wie noch nie zuvor. Der Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2009 hat die Rolle des Parlaments und den Einfluss der Wählerinnen und Wähler nachhaltig gestärkt. Das Europäische Parlament ist zusammen mit den Mitgliedstaaten auf nahezu allen Feldern der Europapolitik – sei es die Regulierung der Finanzmärkte, Verbraucherschutz, Landwirtschaft oder Forschungspolitik - zum gleichberechtigten Mitgesetzgeber geworden. Von dem Ergebnis der Wahlen wird abhängen, welche Entscheidungen in all diesen Politikfeldern, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffen, gefällt werden. Ferner wird das Europäische Parlament künftig die auswärtigen Beziehungen der Europäischen Union maßgeblich mitgestalten und besitzt weitreichende Kompetenzen über den EU-Haushalt.

Dass bei diesen Wahlen alles anders wird, ist vor allem in Bezug auf die Wahl der Spitzenkandidaten der Parteien zu sehen. Die europäischen Parteienfamilien treten bei dieser Wahl erstmals mit eigenen Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten an. Mit ihrer Stimme entscheiden die Bürgerinnen und Bürger somit darüber, wer in den kommenden fünf Jahren als Nachfolger von José Manuel Barroso das Kommissionskollegium leiten wird. Diese Entwicklung ist als ein europapolitischer Quantensprung zu bewerten, denn die Parteien werden natürlich bis zum 25. Mai um jede Stimme kämpfen. Schließlich muss der künftige

Kommissionspräsident den Rückhalt der Mehrheit des Parlaments finden. Insgesamt wurde bereits mit der Wahl von Spitzenkandidaten auch die innerparteiliche Demokratie innerhalb der europäischen Parteienfamilien gestärkt: Der Auswahlprozess der Kandidaten ist dabei in den Medien auf große Resonanz gestoßen. Diese erfreuliche Entwicklung ist auch ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zu einer europäischen Öffentlichkeit. Entscheidend wird sein, dass der Europäische Rat, dem als die Vertretung der Mitgliedstaaten das Vorschlagsrecht bei der Wahl des Kommissionspräsidenten obliegt, auch die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament berücksichtigen wird. Es ist in jedem Fall das Szenario zu verhindern, dass die Mitgliedstaaten das Wählervotum ignorieren und jenseits der Spitzenkandidaten einen Vorschlag aus dem Hut zaubern. Das ist weder dem Wähler noch seiner von ihm gewählten Vertretung zuzumuten. Je höher die Wahlbeteiligung sein wird, desto weniger wird aber an den Mehrheitsverhältnissen vorbeigegangen werden können. Mit der gestärkten Rolle des Europäischen Parlaments bei der Bestätigung der Kommission und dem eminenten Kompetenzzuwachs auf dem Feld der Gesetzgebung wird deutlich, dass das gern zitierte sogenannte „Demokratiedefizit“ nicht mehr dem Stand der Dinge entspricht.

Diese Wahl ist auch deshalb anders, weil sie in unruhiger Zeit stattfindet. Es ist die erste Wahl, die seit Beginn der europäischen Schuldenkrise stattfindet. Sie war bei der letzten Wahl 2009 im Rahmen der Weltfinanzkrise in diesem Ausmaß nicht absehbar. Nach den einschneidenden Strukturreformen ist man in Europa mittlerweile auf einem guten Wege, jedoch es gab selten zuvor so erfolgsversprechende Aussichten für europaskeptische und extremistische Parteien, in das Europäische Parlament einzuziehen. Darüber hinaus ist insgesamt ein diversifizierteres Parlament zu erwarten, was nicht zuletzt der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Wegfall der Drei-Prozent-Hürde geschuldet ist. Dennoch ist es vor dem Hintergrund der Krise und der einhergehenden leichtfertigen Polemik vieler europafeindlicher und nationalistischer Stimmen wichtiger denn je, ein starkes Zeichen für die Erfolgsgeschichte Europas zu setzen, von der wir Deutsche besonders profitiert haben. Es ist bemerkenswert, dass die Europawahl 2014 in ein sehr denkwürdiges Jahr fällt. Es jährt sich der Beginn des Ersten Weltkriegs vor einhundert Jahren, darüber hinaus gedenken wir des Anfangs des Zweiten

Weltkriegs vor 75 Jahren, der mit dem deutschen Überfall auf Polen einsetzte. Die schmerzvollen Erinnerungen an die historischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts zeigen, dass eine Rückbesinnung auf den Nationalstaat in einer globalisierten Welt nicht die Zukunft sein kann. Darüber hinaus jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum 25. Mal. Für ihre Unterstützung bei der Wiedervereinigung gebührt unseren europäischen Partnern großer Dank. Unser Europa heute steht für Werte wie Frieden, Demokratie, Sicherheit und Freiheit. Dass diese Werte keine Selbstverständlichkeit sind, führen uns die Geschehnisse in der Ukraine deutlich vor Augen. Wir sollten nie vergessen, dass der Frieden, der seit nunmehr 70 Jahren auf unserem Kontinent herrscht, ein hohes Gut ist.

Es wird deutlich, dass mit diesen Wahlen alles anders ist und wird. Deshalb hoffe ich, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Chance wahrnehmen und wählen gehen. Im Hinblick auf die angesprochenen Werte gehören auch freie Wahlen zu den größten Errungenschaften unserer Demokratie, die von jedem Einzelnen von uns wertgeschätzt werden sollten. Wahlen sind in meinen Augen nicht nur ein Bürgerrecht, sondern vor allem auch eine Bürgerpflicht. Die Wahlbeteiligung hat in Europa, trotz einer zuletzt leichten Zunahme in Deutschland, bei den Europawahlen stets abgenommen. Im Hinblick auf die gewachsene Bedeutung des Europäischen Parlaments im Institutionengefüge der Europäischen Union möchte ich die Wähler ermutigen, diese Chance der Mitwirkung nicht verstreichen zu lassen. Ein kleines Zitat von Abraham Lincoln möchte ich dabei mit auf den Weg geben: „Wahlen sind Sache des Volkes. Die Entscheidung liegt in seiner Hand. Wenn sie dem Feuer den Rücken kehren und sich den Hintern verbrennen, werden sie eben auf den Blasen sitzen müssen.“

**Rainer Wieland**, der seit 1997 Mitglied des Europäischen Parlaments ist, wurde zu Beginn der siebten Legislaturperiode (2009-2014) zum Vizepräsidenten der Institution gewählt und gehört folglich dem Präsidium des Europäischen Parlaments an. Er ist Mitglied des Rechtsausschusses, des Petitionsausschusses sowie als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für konstitutionelle Fragen tätig. Des Weiteren gehört er der Parlamentarisch-Paritätischen Versammlung des Abkommens zwischen den Staaten Afrikas, des Karibischen Raums und des Pazifischen Ozeans und der Europäischen Union (AKP-EU) an. Zudem ist Rainer Wieland stellvertretendes Mitglied in der Delegation des Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Moldawien. Im Europäischen Parlament führt er auch den Vorsitz der Landesgruppe der CDU-Abgeordneten aus Baden-Württemberg. Rainer Wieland ist der Präsident der Europa-Union Deutschland (EUD).



**Kontakt:** [rainer.wieland@europarl.europa.eu](mailto:rainer.wieland@europarl.europa.eu)

**Weitere Informationen:** [rainer.wieland@europarl.europa.eu](mailto:rainer.wieland@europarl.europa.eu)